

Antrag

der Abgeordneten Gyde Jensen, Dr. Lukas Köhler, Alexander Graf Lambsdorff, Britta Katharina Dassler, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Pascal Kober, Carina Konrad, Wolfgang Kubicki, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. Stefan Ruppert, Christian Sauter, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Rüstungskontrolle stärken – Iranisches Nuklearabkommen bewahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 14. Juli 2015 unterzeichneten der Iran, die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien – sowie Deutschland gemeinsam den Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA). Das Abkommen war das Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen der internationalen Gemeinschaft im 13 Jahre währenden Konflikt um das iranische Nuklearprogramm. Es markiert nicht nur eine wichtige Wegmarke für die nuklearen Nichtverbreitungsbestrebungen im Nahen Osten, sondern auch einen Erfolg europäischer Diplomatie, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Der sich zuspitzende Konflikt um das iranische Nuklearprogramm konnte dadurch entschärft und eine bevorstehende militärische Eskalation verhindert werden. Die Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlaufs in einer europäischen Nachbarregion wurde mit dem JCPoA ebenfalls eingedämmt. Für den Iran boten Abschluss und Einhaltung des Abkommens die Möglichkeit, einen Schritt aus seiner internationalen Isolation herauszutreten, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Seit Inkrafttreten des Abkommens hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) ohne Ausnahme bestätigt, dass der Iran die Bedingungen vollständig erfüllt. Der JCPoA als Rüstungskontrollabkommen funktioniert.

Am 8. Mai 2018 entschied US-Präsident Donald Trump dennoch, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem JCPoA zurückziehen. Die US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm sollen nach Ablauf einer Abwicklungsfrist von

90 bzw. 180 Tagen wieder in Kraft gesetzt und zukünftig auch verschärft werden. Als Grund für den Rückzug führte der US-Präsident die bereits von ihm im Wahlkampf 2016 vertretenen Kritikpunkte am JCPoA an. Hierzu zählen insbesondere das vom JCPoA nicht umfasste iranische Raketenprogramm, die Auslaufristen des Nuklearabkommens, die im Abkommen vereinbarten Kontrollmöglichkeiten der IAEA-Inspektoren und die destabilisierende Rolle des Iran in der Region insgesamt. Intensive diplomatische Bemühungen Deutschlands und seiner europäischen Partner, Wege zu finden, die Kritik der US-Regierung unter Donald Trump am JCPoA aufzunehmen und darüber mit Iran in Dialog zu treten, blieben erfolglos. Die Entscheidung der US-Regierung zum Rückzug aus dem JCPoA beschädigt das bestehende Abkommen und stellt dessen Fortbestand in Frage. Ein Zerfall des JCPoA würde einen Verlust an Sicherheit für den Nahen Osten und die Welt insgesamt bedeuten. Die europäischen Unterzeichnerstaaten befinden sich gemeinsam mit China und Russland deshalb derzeit in Verhandlungen mit Iran und streben eine Lösung zum Erhalt des JCPoA an. Oberstes Ziel muss es sein, das iranische Nuklearprogramm weiterhin auf eine zivile Nutzung zu begrenzen, die umfassenden Inspektionen der IAEA zu erhalten und eine nukleare Weiterverbreitung im Nahen Osten zu verhindern.

Gleichzeitig ist es notwendig, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern einen intensiven und weitergehenden Dialog mit Iran anstößt. Iran nimmt unbestritten eine destabilisierende Rolle in der Region ein. Die iranische Führung ist eine der wichtigsten Unterstützer des syrischen Regimes unter Assad und der Aktivitäten der libanesischen Hisbollah. Iran spielt eine aktive Rolle als Akteur in den Konflikten in Syrien und im Jemen. Auch versucht Iran konsequent seinen Einfluss im Nachbarstaat Irak auszubauen. Gleichzeitig treibt die iranische Führung aktiv das eigene ballistische Raketenprogramm voran. Insgesamt unterstreicht Iran mit seinen Aktivitäten die Ambitionen des Landes als Regionalmacht. Die Nachbarstaaten des Iran und die internationale Gemeinschaft beobachten diese Entwicklung mit äußerster Sorge. Insbesondere die israelfeindliche Politik des Iran verurteilt Deutschland mit Nachdruck. Deutschland ist Freund und wichtiger Verbündeter des jüdischen und demokratischen Staates Israel und bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für uns nicht verhandelbar. Es ist ein Grundpfeiler deutscher Außenpolitik, für das Existenzrecht Israels einzutreten und die Friedensbemühungen im Nahen Osten zu unterstützen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen der EU zum Nahen Osten sind uns Auftrag und Verantwortung zugleich.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die Bereitschaft der verbliebenen Vertragspartner des JCPoA (China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) zusammen mit Iran am JCPoA festhalten zu wollen, um eine nukleare Bewaffnung des Iran auch für die Zukunft mit diplomatischen Mitteln zu verhindern und zur Erhöhung der regionalen Sicherheit beizutragen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den europäischen Partnern unter Federführung des EAD, eine Führungsrolle einzunehmen und durch aktive diplomatische Bemühungen dazu beizutragen, das JCPoA in seiner bestehenden Form zu bewahren und die Bemühungen um nukleare Nichtverbreitung im Nahen Osten zu intensivieren;
2. den Dialog mit Vertretern der US-Regierung über den Fortbestand des JCPoA und die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang nicht abreißen zu lassen;

3. im Dialog mit allen Vertragsparteien über die Möglichkeiten eines ergänzenden Abkommens zum JCPoA zu beraten, welches die Fragen einer Verlängerung der Laufzeiten des JCPoA und weitreichendere IAEA-Inspektionen umfasst;
4. einen Dialog mit allen Vertragsparteien für ein unabhängiges Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle des ballistischen Raketenprogramms des Iran anzustoßen;
5. die Stellung der IAEA international zu stärken und darauf zu bestehen, dass die Behörde im Iran weiter ihr langfristiges Programm der Verifikation und Kontrolle ohne Einschränkungen oder Behinderungen durchführen kann;
6. sich gemeinsam mit den europäischen Partnern noch stärker in den Bereichen der internationalen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zu engagieren und darauf hinzuarbeiten, dass die Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NPT) im Jahr 2020 erfolgreich sein wird und der NPT einschließlich des Zusatzprotokolls gestärkt wird;
7. die destabilisierende Rolle des Iran in der Region auf europäischer und internationaler Ebene stärker zu thematisieren und über Sanktionen gegen Personen, Organisationen und Unternehmen zu beraten, die aus EU-Sicht für die destabilisierende Politik verantwortlich sind;
8. zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) einen Round Table in der nahöstlichen Region zu initiieren, um gemeinsam mit den Staaten in der Region vertrauensbildende Maßnahmen für einen Weg der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation zu schaffen.

Berlin, den 5. Juni 2018

Christian Lindner und Fraktion

